

# Citybahn

Sie haben die Wahl!



Denis Seldenreich  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender

## Citybahn - der steinige Weg zum Bürgerentscheid

Es ist geschafft. Am Sonntag, dem 1. November 2020, dürfen die Wiesbadener Bürger darüber entscheiden, ob ihre Stadt (wieder) eine Straßenbahn bekommen soll. Einmal abgesehen von der inhaltlichen Frage, die es zu klären gilt, ist der Bürgerentscheid auch eine Übung in direkter Demokratie. Beteiligt an dieser Übung: die Stadtverordnetenversammlung und die Bürgerschaft. Das Volk und seine Vertreter. Beiden Seiten kommen wichtige Aufgaben in diesem Verfahren zu. Beide tragen viel Verantwortung.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass zumindest eine der beiden Beteiligten mit direkter Demokratie offensichtlich überfordert ist. Das Gerangel um Fragestellung und Zeitpunkt der Abstimmung innerhalb der Rathauskooperation aus Grünen, SPD und CDU hat offenbart, dass die etablierten Parteien den Bürgern gegenüber ein tiefes Misstrauen hegen. Die beschlossene Fragestellung zeugt davon, dass man den Bürgern nicht zutraut, sich vor der Abstimmung umfassend über das Projekt zu informieren und dann eine rationale Entscheidung zu fällen. Nein, nun muss der Bürger auch noch in der Wahlkabine in die gewünschte Richtung gelenkt werden!

Einer der Gründe für das Misstrauen vieler Volksvertreter dürfte ihr technokratisches Verständnis von Politik sein. Demnach geht es in der Politik nicht mehr darum zu ermitteln, wie wir - als Kommune, als Bundesland und als Nationalstaat - unser Zusammenleben organisieren wollen. Vielmehr wird Politik insbesondere von CDU und Grünen als eine Bewältigung von Sachzwängen dargestellt, bei der sich die Frage des Wollens gar nicht mehr stellt. Entsprechend absurd mutet es an, dass die Wiesbadener nun über ein Projekt abstimmen sollen, zu dem es offiziell überhaupt keine Alternative geben soll. Auf dem Wahlzettel müsste eigentlich neben beiden Kästchen ein JA stehen.

Eine solche Geringschätzung der Bürger durch ihre politischen Vertreter schreit geradezu nach einem Denkzettel. Die vielen Leserbriefe der letzten Wochen belegen, dass viele Wiesbadener empört sind über die Scharaden der Rathauskooperation. Wie viele Bürger werden wohl rein aus Protest am 01. November gegen eine CityBahn stimmen?

Wir möchten Sie an dieser Stelle dazu aufrufen, es besser zu machen als die Stadtregierung. Sie, die Bürger unserer schönen Landeshauptstadt, tragen mit der Entscheidung über die CityBahn die Verantwortung für eines der größten Bauprojekte dieser Stadt seit Jahrzehnten. Nutzen Sie die kommenden Monate, um sich so umfassend über das Projekt zu informieren, wie es Ihnen möglich ist. Betrachten Sie auch die Argumente der jeweiligen Gegenseite. Widerstehen Sie der Versuchung, bloß aus Protest abzustimmen. Machen Sie den Bürgerentscheid zu einem Erfolg, indem Sie in großer Zahl zur Abstimmung gehen. Machen Sie die Abstimmung zu einem Erfolg der gelebten Basisdemokratie!

Adobe Stock 189920612

Michael Obergfell  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



## Blackout - ist Wiesbaden vorbereitet?

Je weiter die nicht durchdachte Energiewende umgesetzt wird, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem großflächigen, länderübergreifenden, länger andauernden Stromausfall kommt.

Der Anteil an volatilen Strom steigt mit jedem Windrad und jedem Solarfeld, der Anteil an verlässlichem, grundlastfähigem Strom sinkt mit jedem abgeschalteten konventionellen Kraftwerk. Es wird immer schwieriger, die Stromfrequenz im Netz bei den erforderlichen ca. 50 Hertz zu halten. Mussten die Netzbetreiber vor 20 Jahren in Deutschland pro Jahr dafür keine 5 Mal eingreifen, so müssen sie dies jetzt bereits 8 bis 10 Mal am Tag. Ein größerer Blackout ist laut Experten nur eine Frage der Zeit. Allein in 2019 entging Deutschland dieser Katastrophe mehrfach nur knapp. Auch Cyberattacken und Terroranschläge können einen Blackout verursachen.

Verschiedene Studien im In- und Ausland haben immer wieder gezeigt, dass jede Form der Interaktion, die über lokale, kleinteilige Strukturen hinausreicht, nach wenigen Stunden bis Tagen praktisch zusammengebrochen ist. Eine breite Information der Bevölkerung ist bereits kurz nach Einsetzen des Stromausfalls kaum noch möglich. Frischwasserversorgung und Abwasserentsorgung funktionieren nicht mehr. Was der Einzelne an Lebensmitteln, Medikamenten, Wasser und sonstigen Dingen des täglichen Bedarfs nicht zu Hause hat, kann auch nicht mehr beschafft werden. Der Bewegungsradius von Bevölkerung, Helfern und Behörden reduziert sich schnell auf das durch eigene Muskelkraft erreichbare Umfeld.

Auch wenn Katastrophenschutz grundsätzlich Ländersache ist, ergibt sich aus der spezifischen, hoch komplexen Problemlage bei einem Blackout, dass effektive Vorbereitungen und Hilfsmaßnahmen nur lokal, also direkt in den Kommunen greifen.

Die AfD-Fraktion hat deshalb einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung gestellt, der Magistrat möge berichten, ob und wie Wiesbaden auf einen solchen Katastrophenfall vorbereitet ist.



### Impressum

Bericht aus dem Rathaus / Zeitung der AfD Rathausfraktion Wiesbaden / September 2020

Schloßplatz 6  
65183 Wiesbaden  
Telefon: 0611-31-2883  
E-Mail: [afd@wiesbaden.de](mailto:afd@wiesbaden.de)  
[www.afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de](http://www.afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de)

Herausgeber:  
AfD Rathausfraktion Wiesbaden  
V.i.S.d.P.: Dr. Eckhard Müller  
Redaktion: Anja Philipp  
Auflage: 100.000

Adobe Stock 182509799

Adobe Stock 259245877

Alternative  
RATHAUSFRAKTION  
Wiesbaden für  
Deutschland

## Bericht aus dem Rathaus

- ✓ Taunus ohne Windkraft
- ✓ Citybahn? - Ihre Wahl!
- ✓ Blackout! - Und dann?
- ✓ Kein Vertrauen in AWO

Dr. Eckhard Müller  
Fraktionsvorsitzender



## Sehr geehrte Wiesbadenerinnen und Wiesbadener,

mit der vorliegenden Broschüre wollen wir Sie wieder über unsere Arbeit im Stadtparlament informieren.

Es war ein Jahr, das einerseits geprägt war von weitreichenden Entscheidungen für die Landeshauptstadt, wie beispielsweise dem Beschluss zum Citybahn-Bürgerentscheid, und andererseits ganz massiv durch die Coronakrise.

Über Monate hinweg war kein normaler Parlamentsbetrieb im Rathaus möglich. Plenum und Ausschüsse tagten, wenn überhaupt, in reduzierter Form und an Ausweichorten, um die Abstandsregeln einhalten zu können. Da blieb so manche parlamentarische Initiative zunächst einmal auf der Strecke, die nun nachgearbeitet werden muss.

Eine weitere Folge der Covid-19-Pandemie ist der wirtschaftliche Einbruch, der massive Folgen auch für die städtischen Finanzen nach sich zieht. Im Herbst wird deshalb der Haushalt für 2021 des ursprünglich beschlossenen Doppelhaushalts 2020/21 neu aufgestellt werden. Auch wenn EU, Bund und Land große Hilfspakete geschnürt haben, können diese doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass man die öffentlichen Finanzen nicht ewig zu großen Teilen über Gelder finanzieren kann, die die EZB über die Banken praktisch aus dem Nichts schöpft.

Darüber hinaus sehen wir mit Sorge, wie unsere Gesellschaft zum Schaden aller ihren inneren Zusammenhalt weiter verliert. Angetrieben und befeuert durch die linke Seite des politischen Spektrums verlangen immer neue gesellschaftliche Teilgruppen besondere Beachtung und Bezuschussung, was letzten Endes nur die einzelnen Gesellschaftsteile gegeneinander ausspielt, anstatt alle hinter einem Grundkonsens zu vereinigen. Einem Grundkonsens, der selbstverständlich den Respekt vor unserer Art zu leben, unseren Traditionen, unserer bedeutenden Kulturgeschichte und unserer staatlichen Integrität unverhandelbar einfordert.

In diesem Sinne werden wir auch weiterhin für Sie, die Bürger unserer schönen Landeshauptstadt, als Oppositionspartei im Rathaus arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen,

**Dr. Eckhard Müller**  
Fraktionsvorsitzender

Adobe Stock 67352930



Adobe Stock 24230220

## Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm? Nein danke!

Schon seit längerem will ESWE auf dem Taunuskamm, einem der schönsten Höhenzüge des Taunus, Windkraftanlagen aufstellen, ohne Rücksicht auf die Natur.

Das Landschaftsbild würde dadurch massiv gestört und die Qualität des Trinkwassers gefährdet. Schließlich ist der vorgesehene Standort von einem verzweigten Stollensystem durchzogen, welches für die Wasserversorgung Wiesbadens enorm wichtig ist. Dementsprechend ist dieses Gebiet als Wasserschutzgebiet ausgewiesen worden. Für den Bau der gewaltigen Betonfundamente müssten schützende Erdschichten abgetragen werden, wodurch Schadstoffe ungehindert durch den porösen Quarzitboden dringen und das Grundwasser kontaminieren können. Zudem müssen Waldflächen für den Bau von Zufahrtsstraßen und Leitungen geopfert werden. Ganz zu schweigen von dem Problem, dass durch Windkraftanlagen regelmäßig Vögel, zum Teil geschützte Arten, ge-

tötet werden.

Im Dezember 2016 hatte das zuständige Regierungspräsidium Darmstadt erfreulicherweise die geplanten Anlagen aus Wasserschutzgründen abgelehnt, dann entschied aber im Sommer 2020 das Verwaltungsgericht Wiesbaden überraschend, dass die zehn geplanten Windkraftanlagen doch gebaut werden dürfen. Die Berufung ist allerdings zugelassen.

Das Regierungspräsidium wird nach Vorlage der schriftlichen Urteilsbegründung entscheiden, ob Berufung gegen das ergangene Urteil beantragt wird. Die Stadt Taunusstein erwägt ebenfalls eine Klage gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes.

Die AfD-Rathausfraktion Wiesbaden und die AfD-Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus sowie die AfD-Landtagsfraktion streben weiterhin an, den Bau der Windkraftanlagen zu verhindern und unterstützen entsprechende Vorhaben der Bürgerinitiativen.

Dr. Klaus-Dieter Lork  
Stadtverordneter



## Brennende E-Autos sind eine ungelöste Herausforderung

Die AfD steht der sogenannten Verkehrswende, also der flächendeckenden Abschaffung des Verbrennungsmotors zugunsten von E-Mobilität grundsätzlich skeptisch gegenüber.

Mit dem Umsetzen der Verkehrswende und der Förderung von E-Mobilität ergeben sich aber auch hinsichtlich der Verkehrssicherheit in Wiesbaden ganz neue Herausforderungen. Eine davon wird das Löschen von brennenden Batterien bei Unfällen mit E-Fahrzeugen jeglicher Art sein.

Nach Aussagen von Feuerwehren bundesweit weichen die Anforderungen bei Unfällen, in die E-Fahrzeuge involviert sind, deutlich von denen mit konventionell angetriebenen Fahrzeugen ab. Das Löschen von in Brand geratenen E-Fahrzeugen ist schwierig bis unmöglich. Zudem treten unter Umständen

den giftige Gase aus, die Rettungskräfte, Fahrer und Mitfahrer sowie Personen im näheren Umfeld des Unfallortes gefährden. Es gibt auch Fälle, in denen sich die Akkus geparkter E-Autos selbst entzünden.

Wenn demnächst E-Autos in größerer Zahl in den Parkhäusern und Tiefgaragen der Stadt stehen, wird sich die Feuerwehr auf ganz neue Szenarien einstellen müssen. Ein in Brand geratenes E-Auto, dessen Löschung sich im Freien bereits schwierig gestaltet, könnte in der Enge einer Tiefgarage katastrophale Folgen haben.

Der Verkehrsausschuss hatte bereits im November 2019 einen entsprechenden Berichtsantrag der AfD-Fraktion beschlossen. Der erst kürzlich vorgelegte Magistratsbericht bestätigt die Bedenken der AfD, dass sowohl vonseiten der Stadt als auch auf Bundesebene hier noch viel zu tun ist.

Dimitri Schulz  
Stadtverordneter



Adobe Stock 213114599

Ralf Offermanns  
Stadtverordneter



## Walhalla neu denken

Das Walhalla war einst ein Schmuckstück der Stadt und viele Wiesbadener verbinden damit gute Erinnerungen aus der Zeit, als das Gebäude noch für öffentliche Veranstaltungen zugänglich war. Seit Jahrzehnten aber rottet die denkmalgeschützte Ruine in bester Lage in der Innenstadt vor sich hin, ohne dass sich eine Lösung für das Problem abzeichnet.

Das momentan auf Eis gelegte Vergabeverfahren krankt daran, dass sich die Stadt auf eine kulturelle Nutzung festgelegt hat und die Tragfähigkeit des vorzulegenden Businessplanes mit 15 Prozent Gewichtung nur eine untergeordnete Rolle für die Vergabe spielt. Es ist also einkalkuliert, dass die Nutzung des Walhalla dauerhaft mit hohen Summen aus der Stadtkasse bezuschusst werden muss.

Mit Blick auf die Coronakrise und den Zustand der öffentlichen Kassen, wird die AfD-Fraktion eine Revision dieser Festlegung beantragen, um über eine Öffnung für wirtschaftlich tragfähigere Konzepte eine Dauerbezuschussung zu vermeiden.

Denkbar wären kommerzielle Nutzungskonzepte der ehemaligen Theaterräume und des Spiegelsaals, bei denen die restaurierten Räumlichkeiten zumindest teilweise wieder für die Öffentlichkeit und den Tourismus zugänglich wären. Wiesbaden verfügt erfreulicherweise auch ohne das Walhalla über eine ausreichende Anzahl großer Konzert- und Theatersäle.

## AWO nicht vertrauenswürdig

Nach dem Bekanntwerden des AWO-Skandals, in den maßgeblich die Kreisverbände Frankfurt und Wiesbaden verwickelt waren, sollte die AWO aus Sicht der AfD-Fraktion kein Partner der Stadt Wiesbaden mehr sein.

Das Maß an Vetternwirtschaft, die überhöhten Gehälter ohne entsprechende Arbeitsleistung und das schamlose Plündern öffentlicher Gelder sind mehr als genug Beweis dafür, dass die AWO weit davon entfernt ist, die Kriterien zu erfüllen, die die Landeshauptstadt an die Zuverlässigkeit ihrer Geschäftspartner anlegen muss.

Die AfD hat einen Berichtsantrag im Revisionsausschuss gestellt, demzufolge der Magistrat berichten soll, welche vertraglichen und persönlichen Verflechtungen der AWO Frankfurt und Wiesbaden mit politischen Akteuren, insbesondere der SPD und kommunalen Verwaltungen, ihm bekannt sind.

In diesem Zusammenhang sollten alle Vorgänge und Beziehungen der Landeshauptstadt Wiesbaden mit der AWO einer genauen Prüfung unterzogen werden, um sicherzustellen, dass es hier nicht zu ähnlichen Vergünstigungen aufgrund personeller Verflechtungen gekommen ist, wie in Frankfurt. Der Ausschuss hat hierzu beschlossen, dass der Magistrat zu diesem Thema berichten muss, sobald das Revisionsamt seine Prüfung abgeschlossen hat.

Robert Lambrou  
Stadtverordneter



Adobe Stock 49590220

